

Korrespondent

(A)

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. November 1918

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgespaltene Zeile; Ankauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 134

Bekanntmachung

Die ständig näher kommende Friedenszeit gibt den Anlaß dazu, den ersten Schritt zur

Überleitung unfres Gewerbes in den Friedenszustand

zu tun.

Dieser erste Schritt besteht darin, den nach Friedensschluß aus dem Heere zur gewerblichen Arbeit zurückkehrenden Gehilfen so schnell als möglich Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Wenngleich die Beschäftigungsmöglichkeit von den Friedensbedingungen und von dem Vorhandensein des unentbehrlichen Betriebsmaterials abhängig ist, darf angenommen werden, daß in fast allen Buchdruckereien während des Krieges viel notwendige, für einen geordneten Betrieb nicht zu entbehrende Arbeitsverrichtungen zurückgestellt werden mußten, die nach vollzogenem Friedensschluß in Angriff genommen werden können. Es darf auch von allen tariffreien Prinzipalen mit Bestimmtheit erwartet werden, daß sie aus vaterländischem Interesse und zugleich aus Dankbarkeit gegen die zurückkehrenden Verteidiger unfres Vaterlandes alles tun werden, um die früher bei ihnen tätigen Gehilfen und Hilfsarbeiter in ihren Betrieb wieder aufzunehmen, oder andern stellungslosen Gehilfen und Hilfsarbeitern Gelegenheit zur Beschäftigung zu geben. Die Kriegsbeschädigten dürfen hierbei natürlich nicht übergangen werden. Eine dahingehende Erklärung hat die Vertretung der tariffreien Prinzipalfakt in der Sitzung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker im Juli d. J. in überzeugender Weise bereits abgegeben.

Wie es unsererseits den Kriegsbeschädigten gegenüber gehalten wurde, so raten wir auch den später aus dem Heere zurückkehrenden gefundenen Arbeitskräften, sich schon vor der Entlassung aus dem Militärverhältnisse bei ihren früheren Prinzipalen als arbeitsbereit zu melden und deren Beiseid über das gemachte Angebot einzuholen. Sollte dasselbe wider Erwarten ablehnend lauten, dann muß eine sofortige Anmeldung beim zuständigen Arbeitsnachweise, das ist der dem Heimatsorte zunächst liegende, erfolgen. Bei der Anmeldung ist die Heimatsadresse sowohl als alles das anzugeben, was für die Unterbringung des Angemeldeten erforderlich ist; in erster Linie ob Setzer oder Drucker usw., eventuell auch Spezialarbeiter.

Ebenso werden alle diejenigen Prinzipale, die mit Beendigung des Krieges bei ihnen früher nicht beschäftigte Arbeitskräfte benötigen, gebeten, sich rechtzeitig an die Arbeitsnachweise zu wenden.

Ein erforderlich werdender Ausgleich bei Angebot und Nachfrage zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisen erfolgt durch das Tarifamt als Zentrale der Arbeitsnachweise.

Alle weiteren für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit erforderlich werdenden Maßnahmen wird das Tarifamt rechtzeitig und wirksam einzuleiten bestrebt sein.

Die Verwalter der Arbeitsnachweise werden ersucht, durch pünktlichste Erledigung aller einlaufenden Anmeldungen das vor uns stehende Friedenswerk mit allen Kräften fördern zu helfen. Auch sind die eingegangenen schriftlichen Anmeldungen Prinzipalen und Gehilfen kurz zu bekräftigen.

Die Adressen unfres Arbeitsnachweise bringen wir nachstehend für Prinzipale und Gehilfen zur Kenntnis:

Aachen: Müllersche Straße 14, Emil Hagen.
 Altona: Adelsheidstraße 14 II, Emil Sturm.
 Augsburg: Morellstraße 19 I, Ph. Schmid.
 Barmen: Schwerinstraße 3, David Doh.
 Berlin: C 54, Arbeitsnachweis für Buchdrucker, Rüdigerstraße 9 (Fernsprecher Amt Norden, 3791—3797).
 Bielefeld: Weisstraße 23, Louis Ernst.
 Braunschweig: Reichenbergstraße 6, Hinterb. I, Rudolf Severidt.
 Bremen: Falkenstraße 4 I, S. Nubborn (Fernsprecher Roland 5733).
 Breslau: Kupferschmiedestraße 7 II, A. Fiedler.
 Cassel: Orleansstraße 49 IV, Karl Wörner.
 Chemnitz: Markt 10, Arthur Stein, i. Fa. Krauß & Stein.
 Danzig: Petersbagen a. d. R. 12 I, Fr. Nagroßki.
 Darmstadt: Blumenthalstraße 7, W. Ernst.
 Dessau: Melanchthonstraße 12 II, Robert Böckel.
 Dortmund: I, Kampfstraße 65, Louis Eisenstein, in Fa. Louis Eisenstein (Fernsprecher 933).
 Dresden: A., Grüne Straße 2 I (Fernsprecher 16755), Bruno Pfeifer.
 Duisburg: Meudorfer Straße 26, Bernhard Fisch.
 Düsseldorf: Karlstraße 125, S. Schippers.
 Erfurt: Karlstraße 16, Edmund Sonnenstädt.
 Eisen (Ruhr): Grabenstraße 67, Paul Grohkopf.
 Flensburg: „Flensburger Nachrichten“, B. Husfeldt.
 Frankfurt a. M.: Allderbellenstraße 51, Karl Neus (Fernsprecher Amt Römer, 6202).

Frankfurt a. d. O.: Große Müllroferstraße 21 III, August Reineke.
 Freiburg i. Br.: Friedrichstraße 31, Hans Wolber.
 Göttingen: Gartenstraße 46, Fr. Schwerdfeger.
 Gotha: Dillstraße 15, Anton Eißhöfer.
 Hagen i. W.: Lange Straße 28, August Steinmann.
 Halle a. d. Saale: Kleine Klausstraße 7, Christian Obis (Fernsprecher 3160).
 Hamburg: Vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919: Besenbinderhof 57 II, Simmer 2, Fr. Kunzler (Fernsprecher Vulkan 327).
 Vom 1. Juli 1919 bis 30. Juni 1920: Brandsende 12 I, Birke (Fernsprecher Merkur 930—934, NA 44).
 Hannover: Alkohollstraße 7 II, Eb. Ehrhardt (Fernsprecher Süd 3238).
 Hildesheim: Waterloostraße 2, J. Fibrke.
 Jena: Dornburger Straße 69 II, Heinrich Lamuel.
 Kaiserslautern: Schumannstraße 13, Hermann Seering.
 Karlsruhe i. B.: Zähringer Straße 100, Hermann Sasse (Fernsprecher 629).
 Kiel: Mittelstraße 13 I, S. Zuten Schön.
 Koblenz: Obigenstraße 59, Jakob Kommen.
 Koburg: Kanonenweg 10, Ernst Froschhölz.
 Konstanz: Lägermoosstraße 30, Wilhelm Bender.
 Köln a. Rh.: Gereonshof 28, Fritz Müller (Fernsprecher B 2060).
 Königsberg: Sachseln, rechte Straße 84 III, Gottlieb Kruppa.

Krefeld: Florakstraße 83, Peter Evers (Fernsprecher 4840).
 Leipzig: Buchgewerbehaus, Platosstraße 1, Rich. Süßerb (Fernsprecher 1292).
 Lübeck: Mengstraße 16, Max Schmidt.
 Mühlburg: Willchenbrucher Weg 48 I, Friedrich Schmidt.
 Magdeburg: Große Münzstraße 3 v. III, W. Gaudin (Fernsprecher 7922, 4—6 Uhr).
 Mainz: Schlegelgärtchenstraße 9/10, Eugen Herzog.
 Meß: Pariser Straße 11, Otto Pröschold.
 Mühlhausen i. G.: Illstraße 6, Paul Röhre.
 München: Holzstraße 24 I, Hermann Dreißholz (Fernsprecher 26376).
 Münster i. W.: Sternstraße 23, B. Meißter.
 Naumburg a. d. S.: Peter-Paul-Straße 14, Otto Reichmann.
 Nürnberg: Theresienstraße 21, F. Knoop.
 Posen: Berliner Straße 15, B.-S. III, Paul Schmidt.
 Potsdam: Alte Lützenstraße 26 I, J. Haebinger.
 Regensburg: Engelsburger Gasse 3 II, August Vora.
 Remscheid: Hermann Krumm, i. Fa. Hermann Krumm.
 Saarbrücken: I, Unterer Sagen 27, Franz Hartmann.
 Schwerin i. M.: Friß-Reuter-Straße 18, Louis Kühn.
 Siegen i. W.: Kornmarkt 22, Eb. Seppie, i. Fa. Heinrich Grimm Nachf.
 Steffin: Klosterhof 3 II (Fernsprecher 1628).
 Straßburg i. G.: Rebgasse 6, Albert Klein.
 Stuttgart: Heulefeldstraße 54 I, O. Klein (Fernsprecher 4983).
 Wiesbaden: Walramstraße 30 II, Jakob Junior.
 Würzburg: Semmelstraße 46 r. I. Stock, Franz Bumm.

Berlin, 31. Oktober 1918

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Ullstein
 Prinzipalvorsitzender.

Albert Faber
 Stellvertretender Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs
 Geschäftsführer.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Reichsamts betreffend Überleitung unseres Gewerbes in den Friedenszustand.
Kritik: Presse, Buchdrucker und Revolution (Schluß).
Papiermangel und Papierverwertung: XL. Geschäftliche Verfassung der Tageszeitungen.
Das Allgäu: Aufhebung des Beschlusses über den vaterländischen Hilfsdienst.
Korrespondenzen: München.
Handels- und Nachschaffenswesen: Bspiele. — Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat. — Zur Demokratisierung im Buchdrucker- und Papierverwertungsgewerbe. — Ein Rat geistiger Arbeiter. — Ein Arbeitsrat von Autorenbeisitzern. — Protest gegen den Papiermangel. — Sparsamkeit in der Verwendung von Briefumschlägen.

Presse, Buchdrucker und Revolution

Wenn die Tageszeitungen mit dem großen Umfuge in Deutschland unter den vorausgeschickten bestimmenden Umständen sich im ganzen auch durchaus passabel abfinden, ja im Umlernen und Umlernen vielfach eine kaum zu erwartende Angleichung zu beobachten gewesen ist, die nach dem ersten Schrecken und Besinnen sich wohl nicht allenthalben als von Natur erweisen dürfte, so verlohnt es sich doch, die äußeren Vorgänge bei der Revolution, wobei der Generalkrieg ein zweiter Stelle genannt werden muß, in nähere Betrachtung zur Presse zu stellen. Die „lebende Großmacht“ hat in solchen Tagen gewiß eine andre Bedeutung als der „verdienstreichste“ Seeresiselerant, mit deren bis zur Unfähigkeit gesteigerter Bewertung es nun endlich auch aus ist. Der Gewaltmonarch Vinsingen, den es gelüftete, Lubendorffs Diktatur noch über ihren Urheber hinaus zu erhalten, hat durch seine massiven Verbote für die Berliner Presse, über die aufstrebende Revolution im Reich zu schreiben, im Grunde genommen den Zeitungen eine viel wichtigere Rolle auferkannt, als diese sich durch ihre Gefügigkeit dem letzten Nachthaber des alten Regimes gegenüber bewußt zeigten.

Was wir berichten können, soll in keiner Weise Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es will nicht mehr als Stichproben sein. Bei Berlin, dem zuletz von der Revolution eroberten Zentralknoten Deutschlands verbleibend, sei mitgeteilt, daß hier der Generalkrieg für die Presse große Bedeutung nicht erlangt hat. Am 9. November nachmittags wurde durch ein Extrablatt des „Vorwärts“ der Generalkrieg verkündet. Das Setzungs- und Buchdrucker-gewerbe war an sich nicht davon ausgenommen. Da aber seitens der größten Setzungsfirmen mit den neuen Gewalten besonders Vereinbarungen getroffen waren, von den großen Druckereien je ein Duzend mit der Herstellung von Lebensmittelkarten und Papiernotgeld beschäftigt ist, so zog die Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates diese Umstände in Berücksichtigung und gab am Abend des 10. November (Sonntag) das graphische Gewerbe frei. Am 11. November (Montag) früh erschienen fast alle Zeitungen wieder. Nach einer Notiz des „Vorwärts“ haben am 11. November früh die Lebensmittel- und Druckereibetriebe überhaupt die Arbeit wieder aufgenommen, während sonst der Generalkrieg sich noch auf diesen Tag erstreckte. Wie viel Zeitungen am 10. November herausgekommen sind, entleht sich unserer Kenntnis. Die wir gesehen haben, zeigten äußerst schwachen Umfang. Das war aber in den nächsten Tagen noch fast ebenso, da Bahnsperrung und Papiermangel sich sehr lebend bemerkbar machten. Die „Welt am Montag“ kam erst am 13. November (Mittwoch) früh heraus. Nach der von diesem Blatte gegebenen Darstellung hätte der Arbeiter- und Soldatenrat schon am Abend des 10. November die Genehmigung zum Erscheinen erteilt gehabt, die mitgeteilte Gegenorder wird auf einen noch ungeklärten Irrtum zurückgeführt. Die „Berliner Volkszeitung“ (Wolke) und die „Berliner Allgemeine Zeitung“ (Müller) waren von dem Arbeiter- und Soldatenrat bzw. den Unabhängigen freigesprochen worden. Der „Vokalangeiger“ (Scherl) verfiel der Beschlagnahme durch die Spontakusgruppe, die mit Bewaffneten erschien, mußte den Titel „Rote Fahne“ annehmen und auf seinem Gebäude die rote Flagge hissen. Als bisheriges Organ des Hofes und der Schwerindustriellen gewiß ein jäher Umfuge. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das bekannte Regierungsorgan,

das jedoch im Jahre 1861 von dem Republikaner Brach gegründet worden ist, wurde von den Unabhängigen befehligt und kam unter dem Titel „Die Internationale“ heraus. Alle diese „Dokupationen“ wurden jedoch von der neuen Regierung schnell wieder aufgehoben, da sie mit dem Schutze des Privatgüterums nicht vereinbar waren. Die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei, die verurteilenswerterweise bislang in Berlin keine Tageszeitung herausgeben durfte, läßt nun vom 15. November an gleich zweimal täglich die „Freiheit“ (Wendendruckerei) erscheinen. Auch der „Vorwärts“ ist zu der schon länger beabsichtigten zweimaligen Ausgabe übergegangen. Die Revolution hat also das sozialdemokratische Pressewesen mächtig gefördert. Nach einer Mitteilung der „Papierzeitung“ war auch die „Südröberoberung“ des „Vorwärts“ durch die Unabhängigen beabsichtigt; da man aber den Hof voller Bewaffneter vorand, kam es nicht zu einer nochmaligen Umarmung des sozialdemokratischen Zentralorgans. Schließlich sei noch erwähnt, daß das Wolffsche Telegraphenbureau sogleich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt wurde. In Wien hat die „Neue Freie Presse“ sich vorübergehend einer Beschlagnahme durch die kommunistische Partei gefallen lassen müssen, erzwungen durch eine Abstellung der Rotes Garde. Die daran beteiligten jungen Leute erklärten, es handle sich nur um eine Demonstration zum Zwecke der Errichtung einer sozialistischen Republik Deutsch-Osterreich.

Aus dem Reich ist zunächst von einem vorgängigen Generalkrieg zu berichten, der, ein gleicher Fall war kurz zuvor in Breslau („Volkswacht“) passiert, sich in Zeit abspielte und auf das Verbot des sozialdemokratischen „Volkshofen“ zurückzuführen ist. Am 2. November lagen aus diesem Grunde dort fast alle Betriebe still. Die zuständige Militärbehörde (Magdeburg) gab der Androhung, daß weiter gestreift werden würde, wenn das Verbot nicht rückgängig gemacht werde, nicht nach, und so streikten die Felder Arbeiter am 5. November noch einmal. In Hamburg ging es recht lebhaft her. Das gemäßigste „Hamburger Echo“ mußte sich Besetzung durch die Unabhängigen gefallen lassen, es erschien ab 8. November als „Die rote Fahne“. Das hat einige Tage gedauert. Nun sind Titel und Redaktion wieder die alten. „Die rote Fahne“ erscheint selbständig weiter nachmittags. Die Presse- und Versammlungsfreiheit ließ sich unter dem republikanischen System in Hamburg zunächst hanobhaken an. Allen Zeitungen war unterlagert worden, von Aufrufen usw. der alten sozialdemokratischen Partei, der auch öffentliche Versammlungen verboten wurden, und von den Gewerkschaftsvorständen Notiz zu nehmen. Aus Frankfurt a. M. kam die merkwürdige Meldung, daß auch die demokratische „Frankfurter Zeitung“ von dem Soldatenrat befehligt worden war, und die Redaktion es deshalb vorzog, die Zeitung nur als Nachrichtenblatt erscheinen zu lassen, worin sie übrigens ja schon Übung hatte durch frühere robuste Eingriffe der Zensur. Von den sonstigen Blättern ist es dem „Frankfurter Generalanzeiger“ und den „Frankfurter Neuesten Nachrichten“ noch schlechter ergangen, die wegen ihrer politischen Haltung vom Arbeiter- und Soldatenrat kurzerhand vorübergehend verboten wurden. In Hannover ist das aus dem gleichen Grunde nur einem Blatte passiert; wenn wir nicht irren, war es der „Hannoversche Kurier“. Wie Ende März 1917, so hat man in Braunschweig jetzt zum zweiten Male das technische Personal mit in den Kampf einbezogen und Streikbruch aus politischer Ursache fertiggebracht. Der der Mehrheitspartei gebührende „Volkshofen“ ist nämlich von den Unabhängigen, die in Braunschweig mehr Spontakusleute sind, wieder erobert worden. Sünge, unter Kontraktbruch aus andern Firmen kommende Gehilfen und abermals Beurlaubte nahmen die gewalttätig freigesprochenen Plätze des alten Personals ein. Das ist ein solcher Skandal, daß man den Braunschweiger Spontakusleute bedeuten muß, wie die Neutralität der Buchdrucker zum politischen Tagesstreik als Angehörige bei solchen Zwangsumständen leicht ein Ende nehmen kann. In Dresden sollte, wie wir erfahren haben, die „Dresdener Volkszeitung“ von der kommunistischen Richtung Rühle, d. h. Spontakusverfälschung,

okkupiert werden. Ältere Soldaten haben anscheinend einen Dämpfer aufgesetzt, so daß es nicht dazu kam. Die Dresdener Presse ist zu bestimmten Vereinbarungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat gelangt, der nur in zwei Punkten (von sieben) Vorbehalten machte. In Leipzig, wo die Diktatur des Proletariats gerade die alte sozialdemokratische Richtung und das Gewerkschaftskartell in aller Schroffheit zu spüren bekommen, ist die Behandlung der Presse loyal. Die Tageszeitungen konnten während des vom 9. bis einschließlich 11. November dauernden Generalkriegs ungehindert erscheinen — das Buchdrucker-gewerbe wurde sonst jedoch nicht berücksichtigt —, sie haben sich nur auf die Veröffentlichung der Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats verpflichten müssen. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ konnten allerdings am 9. November früh nicht erscheinen, da ein Trupp Soldaten auf eigene Faust den Druck jener Nummer verhinderte. Der Verlag der alldeutschen, in Bekämpfung der Sozialdemokratie vorangehenden und eine enorme Verbreitung habenden „L. N. N.“ ist darauf an den Arbeiter- und Soldatenrat mit dem Angebote herangefahren, in einer besonderen Beilage unter Redaktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, deren Kosten der Verlag ebenfalls tragen wollte, der neuen Sache zu dienen. Dieses ganz außerordentliche Anpassen an die Ideen der Tageskonjunktur ist natürlich von dem Arbeiter- und Soldatenrat ohne weiteres abgelehnt worden. Auch bürgerliche Blätter Leipzigs haben den „L. N. N.“ diese Blamage schwer angekreidet; es ist für diese Zeitung zu einem ganz bösen Eklat gekommen. In München hat nur ein halbtägiger Generalkrieg stattgefunden, der auch das Erscheinen der Tagesblätter unterband. Aus Köln und Mannheim wurde die Errichtung von Pressebureaus des Arbeiter- und Soldatenrats gemeldet; in andern Städten wird es jedenfalls auch häufig dazu gekommen sein. In Königsberg gibt es sogar schon eine Druckerei des Arbeiter- und Soldatenrats, es ist das der Druckereibetrieb des Generalkommandos. Das von den jetzt ihr Ende findenden Setzungen die „Setzung der 10. Armee“ in Minsk sich bereits in ein Organ des Soldatenrates umgewandelt hat, möge als Kuriosum nicht unerwähnt bleiben.

Man sieht also, daß in allgemeinen die Presse noch gut über die Revolutionslage hinweggekommen ist. Wenn auch ihre Behandlung nicht einheitlich war und Parteien vorgekommen sind, so wird ein Hinweis auf die selbst für einige sozialdemokratische Blätter eingetretene Unannehmlichkeiten die Richtigkeit des alten Sprichworts, daß gesteilter Schmerz halber Schmerz, auch hier erbringen und tröstend wirken. Der ganz außerordentlich gestiegene Straßenverkauf, der nun keine Berliner Spezialität mehr ist, kann ein übriges tun.

Das Mehrheitsorgan der Setzungsverleger („Setzungsverlag“) erwähnt in seiner Nummer vom 15. November einige von den vorausgehend besprochenen Geschehnissen während der Revolutionslage im Pressebetriebe referierend. Der „Freiheit und Ordnung“ überschriebene Leitartikel enthält treffliche Gedanken und wertvolle Wahrheiten. Das Beste hiesel folgender Auszug:

Das deutsche Volk findet sich mit seiner schweren und größten Schicksalsstunde mit einer Seelengröbe und Charakterstärke ab, die seine Lebensmüdigkeit und Lebensnotwendigkeit als Oblet der Menschheit über allen Zweifel erheben nachweisen. Durch die kurzfristige Politik seiner Verantwortlichen ist es mit in den Strudel des Unterganges der habsbürgerlichen Hausmachtspolitik geraten, die sich übermaß, mit Völkerschicksalen ein leichtfertiges Kartenpiel zu treiben. Um die Früchte einer ruhigen und festen Entwicklung betrogen, fahren die deutschen Stämme des Reiches und Osterreichs aus einem langen bösen Schlaf des allzu blinden Vertrauens auf und sehen sich als Schicksalsgenossen in einer gemeinsamen schweren Not.

Was läge bei solch ihrem Erwachen näher als erschrockene Unisonenheit und heilige Justizhaftigkeit, um so mehr, als die ökonomische Not die Leidenschaften und Begierden reizt! Nichts von alledem! Dem Schrei nach Freiheit gelte gleich der Ruf nach Ordnung. Die Selbstsucht, mit der das deutsche Volk in diesen Tagen die größte Annäherung der Weltgeschichte vollzieht, bemißt allein, daß es ein Staatsvolk ersten Ranges, und daß es zweifellos noch zu Grobem in der zukünftigen Entwicklung berufen ist.

Als Glücksfall im Unglück wirkt gewiß dabei, daß anders als in Rußland die Bekämpfung einer Form

Non nicht in Betracht kommt. Als wertvolles Material sind Verwaltung und Beamtenamt, darüber kann kein Zweifel sein, im groben und ganzen intakt. Der Umsturz der bestehenden Einrichtungen wäre daher sinnlos, aber die mufterhafte Art, wie sich der Gedanke des Arbeiter- und Soldatenrats den anders gelagerten Verhältnissen entsprechend in der Form des politischen Ausschusses und Beirats der Sachverwaltung durchsetzt, beweist allein die staatspolitische und gesellschaftsgebende Kraft der Nation. Solle sie doch auch schon in den verlebtesten Zweigen ihrer hochentwickeltesten Selbstverwaltung Gebilde geschaffen, die den Vergleich mit den besten Errungenschaften der westlichen Demokratie ausfallen.

Wir meinen, daß der schweren Verurteilung im ersten Absätze, der Tassache im zweiten und der Anerkennung für die „Umstürzer“ im letzten nichts hinzuzufügen ist. Die Ausnahmen, wo letztere nicht zutrifft, können das Gesamtbild nicht wesentlich beeinträchtigen, wenn gleich es besser wäre, es könnte nur Gutes berichtet werden.

Die „Zeitschrift“ vom 15. November findet sich in verständiger Art mit der grundsätzlichen Umwandlung ab. Sie vermeldet Betrachtungen über das gewesene, wie durch einen Dekan hinweggesetzte System und drängt für das Buchdruckgewerbe die wirtschaftlichen Verhältnisse und Existenzbedingungen in den Vordergrund, die wegen Arbeitsbeschaffung für die zurückkehrenden Berufsgenossen ja von sehr großer Bedeutung sind. Die Leipziger und Stuttgarter Prinzipale haben schon in Versammlungen die schnelle und übliche Aufhebung der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen für die Erzeugung und Lieferung von Papier gefordert, und die Zeitung der Prinzipalsorganisation verheißt, mit aller Beschleunigung die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Aus dem nachfolgenden Artikel ergibt sich, daß es leider vorab gar noch schlechter werden wird. Die Umschaltung unseres Gewerbes auf die Friedensproduktion ist faktisch einer Revolutionierung gleich zu achten. Den Generallstreik berührt das Prinzipalsorgan unter Erwähnung des Berliner politischen Streiks im Januar nur kurz und meint:

Von dem jetzt vorliegenden Generallstreik, von dem sehr viele Drucker in den verlebtesten Großstädten betroffen worden sind, werden wohl ähnliche Streikaktionen schon deshalb nicht zu erwarten sein, weil er von den mit entsprechenden Befugnissen ausgestatteten Arbeiter- und Soldatenräten angewendet worden ist und, wie uns berichtet wurde, die Personals sich vielach nur mit Widerstreben gefügt haben.

Es erscheint uns zweifelhaft, ob der Generallstreik für die Mehrzahl der Großstädte aktuell geworden ist; im Westen ist es, soweit unsere Informationen reichen, wenig und im Süden nicht häufig dazu gekommen. Aber Organisationsvertrag und politischen Massenstreik bei elementaren Ereignissen haben wir unseren Standpunkt in Nr. 71 ganz klar präzisiert; Putsche von sektiererischen Gruppen haben für denkende, in der Organisation gelebte Arbeiter keine Bedeutung. Es wäre also ein sehr müßiges Beginnen, wenn auf Prinzipalsseite einige unverbesserliche Paragrafenanbeter an dem Throne stürzenden und Staatsverfassungen wegblasenden gewaltigen Sturm nachträglich ein Korrekturen auf Grund des Organisationsvertrags vornehmen wollten. Das käme der Naivität des sächsischen Königs von anno 1848 gleich, der auf die Meldung vom Ausbruche der Revolution nur die erkaufte Frage sand: „Ja, dürfen Sie denn das?“

Die Gehilfen- und Arbeiterchaft in den Setzungen- und Druckerbetrieben wird, dessen sind wir für den in übergroßer Mehrheit den freien Verbänden angeschlossenen Teil sicher, den Anbruch der neuen Ära freudig begrüßen. Haben ihre Organisationen wie die Gewerkschaften überhaupt auch die Revolution nicht gemacht, weil sie wirtschaftliche Ziele verfolgen, so sind ihre Mitglieder doch mit ganzem Herzen bei der Sache des Volkes. Die Revolution und der ganze Umsturz bedeuten für sie ja ebenfalls Schluss des entsetzlichen Krieges und Vermehrung neuer kräftevoller Verwicklungen. „Welkenklode, letzter Sieg, den wir erleben!“ Das soll nun ergebende Wahrheit werden. Wir wären untrüger tapferen Vorfahren von 1848 nicht würdig, wollten wir anders denken und anders handeln, wie sie einst sich in den Dienst der Freiheit gestellt haben. Wenn unsere Organisationen auch alle umfallen sollten, ein jeder in unsern Reihen willkommen und notwendig ist, welchen politischen Anschauungen er auch

nachgeht — parteipolitisch neutral wird unser Verband nach wie vor bleiben —, so liegt es doch im allgemeinen Interesse, daß die große Wiedergeburt Deutschlands auch von uns in einer Weise gefördert wird, die Verfestigung dieser eminenten Errungenschaft bedeutet. Die alle Reaktion wie der in diesen Tagen stärker denn früher in die Erscheinung tretende Aberadikalismus sind zwei gefährliche Nachbarn. Zwischen diesen beiden gegensätzlichen Bundesgenossen führt ein guter Mittelweg. Er ist auch von unsern 1848er Vorkämpfern beschriften worden, obwohl ihre Ideen hochliegend waren und ihr Handeln in manchem der Entwicklung voraussetzte. Die leuchtenden Vorbilder Stephan Born, Karl Fröblich und Hermann Kannegießer stehen wieder lebendig vor uns. Ihnen laßt uns nachsehen mit der durch über fünf Jahrzehnte erlangten gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Schulung und Abklärung. Unser Verband steht ebenfalls vor neuen, gewaltigen Aufgaben, die sich auch jetzt nicht allein erreichen lassen mittels der politischen Bewegung. Den kommenden Achttundentag schätzen wir als die erste Errungenschaft des revolutionären Umschwunges, vieles andre können wir aber nur durch uns selbst erreichen. Unsere Organisation intakt zu erhalten und sie zu weiteren, größeren Fortschritten zu befähigen, muß fester Voratz bei allen sein. Die gewerkschaftliche Disziplin, die uns Buchdrucker von jeher ausgezeichnet, darf in diesen Tagen, Wochen und Monaten schweren Wiederaufbaues nicht von Gruppen und nicht von einzelnen gelähmt werden. Wo und wie auch Anschläge gegen die Gewerkschaften erfolgen sollten, müssen sie einmütig zurückgewiesen werden. Wir wollen und müssen verhindern, daß unsere Organisationen das Ros der russischen teilen, denen der Bolschewismus sich nicht als Freund, sondern als Gegner erwiesen hat. Wenn in einer großen Stadt, wie die „Buchbinderzeitung“ mitteilt, im Arbeiter- und Soldatenrat die Außerung gefallen ist: Die Gewerkschaftsgelder gehören der Allgemeinheit, denn es sind Arbeitergroschen, so muß ein solcher unflätiger Standpunkt auf das Entschiedenste bekämpft werden. Niemand hat ein Anrecht auf Gewerkschaftsgelder als die, denen sie gehören, von denen sie zum wirtschaftlichen Aufstiege, als Kampffonds gegen den Kapitalismus und zu humanitärer Unterstützung mühsam zusammengefragt sind. Ihre Verwendung regelt sich lediglich nach den Statuten der Verbände.

Wir haben in vorletzter Nummer der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß in die Arbeiter- und Soldatenkräfte auch Verbandsmitglieder gewählt worden sind. Ist diese Einrichtung auch noch nichts Fertiges, so ist doch zu wünschen, daß in dem, was später daraus wird, Kollegen von uns viel stärker vertreten sein möchten, weshalb jetzt schon für ihre Heranziehung fleißig gewirkt werden muß. Das Buchdruckerement, dem ein eigenartiger, aber guter Radikalismus anhaftet; nächsteres Abwägen und praktisches Aufbauen, ist in den unteren wie in den oberen Funktionen der nun ja faktischen Volksregierung auf verwendungsfähig. Manche der jetzt in verschiedenen Städten getroffenen Anordnungen sind wegen ihrer Übersetzung unklar und ungenau gewesen. Aber einschneidende Maßnahmen wirtschaftlicher Natur sollte unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen doch mehr Fühlung seitens der Arbeiter- und Soldatenräte genommen werden. Aus dem Handgelenk heraus läßt sich nicht alles machen.

Ein jeder Teil der gesamten Arbeiterbewegung wird nach seinen Kräften und nach seinen Mitteln an der Krönung des großen Werkes mitwirken. Diktatur ist nur im ersten Augenblick unvermeidlich, dann aber muß es nach den Gelehen der Demokratie gehen. Sozialismus ohne Demokratie ist ein Nonens! So wollen wir arbeiten und ringen, bis die größte der Revolutionen glücklich vollbracht ist. Das wird noch viel Energie erfordern und macht in jedem Stadium notwendig, mehr mit dem Kopfe zu arbeiten, als mit dem Herzen zu fühlen. Sumat die unendlichen schweren Wunden dieses Krieges die größten Anstrengungen und Opfer zu ihrer Heilung erfordern. Sorge und schaffe deshalb ein jeder werktätig mit, daß nach diesen trüben Tagen helle Zeiten anbrechen, in denen Friede, Freiheit und Brot alle beglückende Tassachen in einem wirklichen Volksstaate sein werden!

Papiernot und Papierverknüpfung

XL. Gefährdete Versorgung der Tageszeitungen.

Katte die Kriegswirtschaftsstelle vor kurzem die dringende Aufforderung zur größten Zurückhaltung des Papierverbrauchs ergeben lassen, so bezeichnet sie in einer Kundgebung unterm 12. November die Versorgung der Tageszeitungen mit Druckpapier als auf das Schwereste gefährdet. Der Wagenmangel für die Versorgung der Druckpapierfabriken mit Rohstoffen (insbesondere Kohlen) sowohl wie für den Abtransport des Druckpapiers droht sich in Unbetracht der umfangreichen und schnellen Beförderung der Eruppen sowie durch die Waffenstillstandsbedingungen zu einer Katastrophe zu gestalten.

Nach der Ansicht der Kriegswirtschaftsstelle kann das Schlimmste vielleicht noch abgewendet werden, wenn sich für die nächsten Wochen alle Zeitungen im Umfang einschränken, und zwar: täglich einmal erscheinende Zeitungen auf höchstens vier Seiten (Sonntags auf sechs Seiten), mehrmals täglich erscheinende Zeitungen auf höchstens acht Seiten (Sonntags auf zehn Seiten); ferner die Auflagen nicht steigern, den Straßen- und Einzelverkauf auf das Äußerste einschränken, keine Remittenden annehmen und schließlich mit dem ihnen gelieferten Druckpapier so sparsam wie nur möglich umgehen, um unter allen Umständen einen öfneren Bestand zu schaffen.

Nach der amtlichen Darstellung liegt es im Interesse der gesamten Verlegerchaft, wenn alle Zeitungen diese Richtlinien, welche von der Kriegswirtschaftsstelle gemeinsam mit den Mitgliedern des Arbeitsausschusses des Beirats festgesetzt wurden, befolgen. Zeitungen, welche sich nicht daran halten, müssen, zumal da die Berliner Zeitungen schon seit einiger Zeit in dem vorstehend vorgezeichneten Umfang erscheinen, bei der Versorgung mit Druckpapier unerblicklich bleiben. Die Reichswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe hofft, da die in Betracht kommenden Stellen ihre Lässigkeit nach wie vor ausüben, die Versorgung mit Druckpapier sobald als möglich wieder auf die alte Höhe bringen zu können. Um etwaigen Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die erlassenen Bekanntmachungen voll in Geltung bleiben.

Vom Verein Deutscher Zeitungsverleger wird dieser Mahnruf durch die Bitte an alle Verleger unterstützt, denselben buchstäblich zu befolgen und sich dadurch der überaus ersten Situation gewachsen zu zeigen. rk.

□ □ □ Vom Hilfsdienst □ □ □

Aufhebung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Durch Verfügung des Rates der Volksbeauftragten, der provisorisch als Reichsregierung zu betrachten ist, hat mit dem Datum des 12. November u. a. das Hilfsdienstgesetz zu bestehen aufgehört. Vom 5. Dezember 1916 datierend, war dieses Zwangsgesetz also nahezu zwei Jahre in Wirksamkeit. Ursprünglich bis zu drei Monaten nach Kriegsende mit Gültigkeitsdauer bedacht, hatte die Absicht einer Verlängerung schon Fuß gefaßt, weil man die umfassende und schwierige Organisation für die Zeit der Übergangswirtschaft nicht glauben konnte entbehren zu können.

Der Krieg ist nun aus, und es wird gewiß auch ohne das Hilfsdienstgesetz geben, Seine sofortige Aufhebung ist also nur zu begrüßen. Es sollen aber die für die Schlichtung von Streitigkeiten in dem Gesetze vorhandenen Bestimmungen erhalten bleiben. In welcher Form, ist noch nicht gelagt worden. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sind nicht als fortbestehend genannt worden. Ob sie durch die Arbeiterräte ersetzt werden sollen, ist uns noch nicht klar. Jedenfalls sind diese Ausschüsse und die Schlichtungsbestimmungen wertvolle Bestandteile des nun aufgehobenen Gesetzes gewesen, dem sonst keine Kräfte nachzusenden sind.

Der Streik um das Hilfsdienstgesetz gehört somit auch der Vergangenheit an. Sachlich war er nicht, wie vieles andre nicht, was wir seit der Spaltung der Sozialdemokratie erleben mußten. Die Gewerkschaftsführer haben jedenfalls verstanden, einer an sich nicht willkommen gegebenen Zwangslage auch gute Seiten aufzuspüren. Wir haben zu Anfang 1918 erklärt, die Volkswirtschaft mehr, den Hilfsdienst aber weniger zu behandeln, gemäß der verlebtesten Bedeutung. Deshalb ist die Hilfsdienststrubrik nur zweimal (1917 dagegen 35mal) zu finden gewesen. Sie verschwindet hiermit ganz aus dem „Storr.“, weil ihre Zeit nunmehr erfüllt ist.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

h. München. Am 10. November vormittags sagte in den „Goldstumsberedungen“ unsere erste Mitgliederversammlung im Freistaat Bayern. Keiner der Teilnehmer an der am 7. November abgehaltenen Vertrauensmännerkunft abnte wohl, daß er am andern Morgen nicht wie bisher als „h. b. Interfan“, sondern als

„Bürger des Freistaates Bayern“ erwachen werde! Die am 7. November nachmittags unter Befehlsgang von 150 000 bis 200 000 Personen stattgehabte Friedensdemonstration — die Arbeit ruhte auch in allen Druckereien Münchens — hatte nämlich in der Nacht zum 8. November die Proklamierung der Republik gezeitigt. In der Versammlung erstattete Kollege Söbner Bericht über die Ergebnisse der bisherigen Sitzungen des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates, an dessen Beratungen eine zwölfköpfige Kommission von Vertretern der Gewerkschaften teilgenommen hat, unter diesen die Kollegen Hemmerich und Söbner. Redner schilderte die Vorgänge bei der Bildung der neuen Regierung und das Ergebnis der Wahl der Minister, kam dann auf die unklaren Begleiterscheinungen derartiger Umwälzungen zu sprechen und ermahnte die Kollegen, im Interesse der öffentlichen Sicherheit bei Bekämpfung von Ausschreitungen und Übergriffen unaufrichtiger Elemente die amtlichen Sicherheitsmannschaften zu unterstützen. Was die lokalen Aufgaben des Staates anlangte, meinte Redner, sei nun die Bahn frei; besonders die Forderung des Abstimmungstages sei vordringlich. Man dürfe aber nicht erwarten, daß solche in das Wirtschaftsleben tief eingreifende Reformen über Nacht durchzuführen seien. In der folgenden lebhaften Aussprache wurde das bisherige laue Verhalten zu vieler Kollegen auf politischem Gebiete scharf verurteilt; man sprach die Erwartung aus, daß das in den neuen Verhältnissen besser werde. Kollege Hemmerich ergänzte die Ausführungen Söbners und bemerkte in bezug auf den Abstimmungsfrage, daß es unnützlich wäre, jetzt in Bayern oder Deutschland dessen sofortige Einführung zu verlangen, dies müßte nach seiner Meinung aus industriellen Konkurrenzrücksichten auf internationalen Wege geschehen. Den Tadeln des politischen Indifferenzismus der Kollegen bemerkte er, daß daran nicht die „Erziehung durch den Verband“ schuld sei; die politische Neutralität des Verbandes war in der alten Staatsform begründet. Das werde und müsse in der angebrochenen neuen Zeit anders sein. Als weitere Vertreter im Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wurden neben den eingangs erwähnten noch die Kollegen Krebs und Michler gewählt. Nach einem ansehnlichen Schlusswort, in dem der Vorsitzende zu reger Beteiligung am Vereinsleben und am Aufbau des jetzt zu schaffenden Neuen aufrief, wurde die außerordentlich stark besuchte Versammlung — von den am Orte befindlichen 1200 Kollegen waren über 900 vertreten — mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Freistaat Bayern geschlossen.

buch- und Steindruckerei Wilhelm Greve in Berlin, indem sie für den Gesamtbetrieb ab Montag, den 18. November d. J., den Abstimmungsabend freiwillig zur Einführung brachte. — Die Buchdruckerei P. A. Panhirsch in Bismarckhütte brachte die zum 1. Dezember fällige Zulage bereits am 15. November zur Auszahlung. **Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat.** In Borna bei Leipzig der Vorsitzende der Müglitzschicht und des Bezirks Borna R. Immerthal als Vorsitzender mit gleichen Vollmachten wie der Müglitzvorsteher. — In Mühlhausen i. Th. der Vorsitzende der dortigen Müglitzschicht Wilhelm Gehler. **Zur Demobilisation im Buchdruckgewerbe.** „Schaff Arbeitsgelegenheit“ lautet die Überschrift der neuesten Kundgebung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins an der Spitze der „Zeitschrift“ vom 15. November. Inernehmensweise befiel die Leitung der Prinzipalfität, daß planmäßig alles geschehen muß, was nach Lage der Verhältnisse zur Verhütung von Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe beitragen kann, und empfiehlt den Buchdruckerbetriebern, sofort zu ermitteln, welche Leute vom alten Personal wieder eingestellt werden können; Familienwäter und solche Personen, welche sich in leitenden Stellungen befunden haben, sollen in erster Linie berücksichtigt werden. Sodann beschäftigt sich die Kundgebung eingehend mit dem voraussichtlichen Beschäftigungsgrad in der nächsten Zeit und mit dem Personalbedarf. Jeder Prinzipal soll an seine Kunden herantraten, ihnen die Verhältnisse und die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung darlegen und die schnellstmögliche Erteilung aller derartigen Aufträge erwirken, die über kurz oder lang erteilt werden müssen. Betreffs der Rohstoffe wird in der Kundgebung behauptet, daß noch ansehnliche Papiervorräte vorhanden sind, welche in dieser kritischen Zeit, wo es gilt, einer sich vielleicht verhängnisvoll gestaltenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen, zur Verfügung gestellt werden müssen. Es wird auch vermutet, daß die Papierfabriken, da sie nunmehr von den Seereslieferungen entbunden werden, wieder bedeutend mehr Papier zu liefern in der Lage sein werden. Vereinseitig soll in den einzelnen Kreisen, Bezirken und Orten eine besondere Tätigkeit entfaltet werden den Gruppen gegenüber, welche in bezug auf Auftragserteilung in Betracht kommen, z. B. Behörden jeder Art, Berufsorganisationen usw. Der Hauptvorstand wird sich an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler sowie an den Deutschen Verlegerverein wenden, auch durch die Presse zu wirken suchen. Bei Bedarf an Arbeitskräften, der über die Wiederermittlung des alten Personals hinausgeht, verweist der Vorstand auf die tariflichen Arbeitsnachweise. Es wird erwartet, daß alle Prinzipale dem Gebote der Stunde Rechnung tragen und die empfohlenen Maßnahmen durchführen, „damit nichts vernachlässigt werde, was dazu beitragen kann, unser Gewerbe vor unheilvollen Erschütterungen zu bewahren“. Zum Schluß befiel die Prinzipalsleitung, daß sie in allen Dingen im Einvernehmen mit der Gehilfenschaft durch die Organe der Tarifgemeinschaft „handelt“ und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der Tarifgemeinschaft, welche sich während des Krieges ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt habe, gelingen werde, auch der gegenwärtigen und künftigen großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Allerdings sei dazu eine Unterstützung seitens aller der Tarifgemeinschaft Angehörigen unbedingt erforderlich. **Leipziger Buchhandel und Revolution.** In der Leipziger Presse befindet sich eine Erklärung der Buchhändlerorganisationen, laut welcher diese sich einmütig auf den

Boden der zur Zeit bestehenden Verhältnisse begeben und dem Arbeiter- und Soldatenrat sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und besonders zur Unterbringung der aus dem Seeresdienst Zurückkehrenden zur Verfügung stellen. In dieser Erklärung wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß im Interesse einer ununterbrochenen Fortführung der in dieser Zeit besonders notwendigen geistigen Versorgung des Volkes alle beteiligten Stellen in diesem Sinne mitwirken werden. Unterzeichnet ist die Kundgebung vom Börsenvereine der Deutschen Buchhändler, vom Deutschen Verlegervereine, von den verschiedenen Prinzipal- und Gehilfenvereinigungen des Leipziger Buchhandels, vom Transportarbeiterverbande, von den Buchhändlermarkthelferorganisationen sowie von den Vereinigungen der Gehilfen und weiblichen Angestellten im Leipziger Buchhandel. **Ein Rat geistiger Arbeiter.** Am 10. November hat sich im Reichsrat im Anschluß an den Arbeiter- und Soldatenrat ein Rat geistiger Arbeiter konstituiert. Er wirkt für die neuen kulturpolitischen Ideale auf dem Boden der sozialistischen Republik. **Protest gegen den Papiermüller.** In einer Eingabe des Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an das sächsische Kriegsministerium in Dresden wird eine Nachprüfung und Herabminderung der Papierpreise angeregt, weil eine Preissteigerung von 600 Proz. und mehr gegenüber den Friedenspreisen mit den höchsten Anstößen nicht in Einklang zu bringen ist. Durch die hohen Dividenden der Papier- und Zellulosefabriken beweist der Vorstand des Börsenvereins, daß die Papierfabriken aus der Not hohe ungerechtfertigte Gewinne gezogen haben. Die Folge dieser hohen Papierpreise aber sei, daß Neuauflagen einer ganzen Anzahl von Werken nicht gedruckt werden konnten, sowie, daß wissenschaftliche und Fachzeitschriften ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Eingabe spricht die Befürchtung aus, daß bei weiterem Anhalten dieser hohen Papierpreise das Erscheinen von Werken mit geringer Auflage für die Zukunft so gut wie unmöglich werde; Werke mit hoher Auflage aber würden so teuer zu stehen kommen, daß ihre größere Ausbreitung in Frage gestellt werden würde.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmungsbeispiele. Am 18. November führte die Kammlische Buchhandlung und Drucker, G. m. b. H., in Pfarrkirchen die achtkündige Arbeitszeit ein. Sie stellt diese Maßregel grundsätzlich als ein Gebot der Stunde an und hält sie mit Rücksicht auf die Demobilisierung für ein unbedingtes Erfordernis des Allgemeinwohls. — Die Firma Heinrich Schiele (Inhaber Gustav Wölfe) in Regensburg hat am 11. November freiwillig ihrem gesamten Personal die achtkündige Arbeitszeit zugestanden mit dem Bemerkten, daß eine neue Zeit angebrochen sei und es nottue, auch durch Taten seine soziale Bestimmung zu beweisen. — Ein Zugeständnis an den Geist der Neuzeit bewies die (früher königl.) Hof-

buch- und Steindruckerei Wilhelm Greve in Berlin, indem sie für den Gesamtbetrieb ab Montag, den 18. November d. J., den Abstimmungsabend freiwillig zur Einführung brachte. — Die Buchdruckerei P. A. Panhirsch in Bismarckhütte brachte die zum 1. Dezember fällige Zulage bereits am 15. November zur Auszahlung. **Buchdrucker im Arbeiter- und Soldatenrat.** In Borna bei Leipzig der Vorsitzende der Müglitzschicht und des Bezirks Borna R. Immerthal als Vorsitzender mit gleichen Vollmachten wie der Müglitzvorsteher. — In Mühlhausen i. Th. der Vorsitzende der dortigen Müglitzschicht Wilhelm Gehler. **Zur Demobilisation im Buchdruckgewerbe.** „Schaff Arbeitsgelegenheit“ lautet die Überschrift der neuesten Kundgebung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins an der Spitze der „Zeitschrift“ vom 15. November. Inernehmensweise befiel die Leitung der Prinzipalfität, daß planmäßig alles geschehen muß, was nach Lage der Verhältnisse zur Verhütung von Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe beitragen kann, und empfiehlt den Buchdruckerbetriebern, sofort zu ermitteln, welche Leute vom alten Personal wieder eingestellt werden können; Familienwäter und solche Personen, welche sich in leitenden Stellungen befunden haben, sollen in erster Linie berücksichtigt werden. Sodann beschäftigt sich die Kundgebung eingehend mit dem voraussichtlichen Beschäftigungsgrad in der nächsten Zeit und mit dem Personalbedarf. Jeder Prinzipal soll an seine Kunden herantraten, ihnen die Verhältnisse und die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung darlegen und die schnellstmögliche Erteilung aller derartigen Aufträge erwirken, die über kurz oder lang erteilt werden müssen. Betreffs der Rohstoffe wird in der Kundgebung behauptet, daß noch ansehnliche Papiervorräte vorhanden sind, welche in dieser kritischen Zeit, wo es gilt, einer sich vielleicht verhängnisvoll gestaltenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen, zur Verfügung gestellt werden müssen. Es wird auch vermutet, daß die Papierfabriken, da sie nunmehr von den Seereslieferungen entbunden werden, wieder bedeutend mehr Papier zu liefern in der Lage sein werden. Vereinseitig soll in den einzelnen Kreisen, Bezirken und Orten eine besondere Tätigkeit entfaltet werden den Gruppen gegenüber, welche in bezug auf Auftragserteilung in Betracht kommen, z. B. Behörden jeder Art, Berufsorganisationen usw. Der Hauptvorstand wird sich an den Börsenverein der Deutschen Buchhändler sowie an den Deutschen Verlegerverein wenden, auch durch die Presse zu wirken suchen. Bei Bedarf an Arbeitskräften, der über die Wiederermittlung des alten Personals hinausgeht, verweist der Vorstand auf die tariflichen Arbeitsnachweise. Es wird erwartet, daß alle Prinzipale dem Gebote der Stunde Rechnung tragen und die empfohlenen Maßnahmen durchführen, „damit nichts vernachlässigt werde, was dazu beitragen kann, unser Gewerbe vor unheilvollen Erschütterungen zu bewahren“. Zum Schluß befiel die Prinzipalsleitung, daß sie in allen Dingen im Einvernehmen mit der Gehilfenschaft durch die Organe der Tarifgemeinschaft „handelt“ und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es der Tarifgemeinschaft, welche sich während des Krieges ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt habe, gelingen werde, auch der gegenwärtigen und künftigen großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Allerdings sei dazu eine Unterstützung seitens aller der Tarifgemeinschaft Angehörigen unbedingt erforderlich. **Leipziger Buchhandel und Revolution.** In der Leipziger Presse befindet sich eine Erklärung der Buchhändlerorganisationen, laut welcher diese sich einmütig auf den

Boden der zur Zeit bestehenden Verhältnisse begeben und dem Arbeiter- und Soldatenrat sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und besonders zur Unterbringung der aus dem Seeresdienst Zurückkehrenden zur Verfügung stellen. In dieser Erklärung wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß im Interesse einer ununterbrochenen Fortführung der in dieser Zeit besonders notwendigen geistigen Versorgung des Volkes alle beteiligten Stellen in diesem Sinne mitwirken werden. Unterzeichnet ist die Kundgebung vom Börsenvereine der Deutschen Buchhändler, vom Deutschen Verlegervereine, von den verschiedenen Prinzipal- und Gehilfenvereinigungen des Leipziger Buchhandels, vom Transportarbeiterverbande, von den Buchhändlermarkthelferorganisationen sowie von den Vereinigungen der Gehilfen und weiblichen Angestellten im Leipziger Buchhandel. **Ein Rat geistiger Arbeiter.** Am 10. November hat sich im Reichsrat im Anschluß an den Arbeiter- und Soldatenrat ein Rat geistiger Arbeiter konstituiert. Er wirkt für die neuen kulturpolitischen Ideale auf dem Boden der sozialistischen Republik. **Protest gegen den Papiermüller.** In einer Eingabe des Vorstandes des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig an das sächsische Kriegsministerium in Dresden wird eine Nachprüfung und Herabminderung der Papierpreise angeregt, weil eine Preissteigerung von 600 Proz. und mehr gegenüber den Friedenspreisen mit den höchsten Anstößen nicht in Einklang zu bringen ist. Durch die hohen Dividenden der Papier- und Zellulosefabriken beweist der Vorstand des Börsenvereins, daß die Papierfabriken aus der Not hohe ungerechtfertigte Gewinne gezogen haben. Die Folge dieser hohen Papierpreise aber sei, daß Neuauflagen einer ganzen Anzahl von Werken nicht gedruckt werden konnten, sowie, daß wissenschaftliche und Fachzeitschriften ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Eingabe spricht die Befürchtung aus, daß bei weiterem Anhalten dieser hohen Papierpreise das Erscheinen von Werken mit geringer Auflage für die Zukunft so gut wie unmöglich werde; Werke mit hoher Auflage aber würden so teuer zu stehen kommen, daß ihre größere Ausbreitung in Frage gestellt werden würde.

Schiffseger
besonders im Interkalenjahr bewandert,
ferner ein gewandter
1612

Aufräumer
(selbständiger Posten) in dauernde Stellung
sollt sofort gesuch.
Zeitschriftenverlag Fr. Gerolds Nachf.,
Pöhlneck (Thür., Weid).

Typographseger
für Modell B mit langjähriger Praxis,
für dauernde Stellung sofort gesuch.
Angebote mit Wohnortangabe an
1719
Gilscher & Schmidt, Sietlin.

Maschinenmeister
tüchtiger Autospieldrucker, als erster in
dauernde Stellung gesuch.
1696
Dobler & Redleber, Düsseldorf 21.

Buchdruckmaschinenmeister
für Illustration und Bunt sofort gesuch.
G. B. Strichfeld, Leipzig,
Brüderstraße 59 III.
713

Illustrationsdrucker
in dauernde Stellung gesuch. Offerten
mit Gehaltsanforderung, Angabe bisheriger
Tätigkeit und des möglichen Eintritts
erheben. 1620
Serg & Sio., Kunstmarkt, Nürnberg.

Schweizerdegen
findet dauernde Stellung. Angebote mit Zeug-
nisabschriften und Wohnortangabe an das
„Münchener Tageblatt“,
Münchenerstr. 10, Berlin.

India-Endenpapier
45x60 cm., Klopffäden, mit und
ohne Gitter, Anlege-Bunzenappe,
Steifer- und Ratschenpulver-Ban-
hallin, rosa Weißpapier, 38x50 cm.
H. Andreeßen & Sohn, Hamburg

Buchdruckmaschinenmeister
erstklassiger, sowie tüchtige
Anlegerinnen u. Saalarbeiter
sollt gesuch.
Buchdruckerei Denter & Nicolag,
Berlin C, Neue Friedrichstraße 43.

Schiffseger
24 Jahre alt, in allen Gattungen bewandert,
tüchtig Stellung, wo er sich im Kor-
rektorenleben betätigen kann. Gest. An-
gebote an
M. Regel,
Kahla i. Thür., Schulstraße 22.

Typographische Mitteilungen
Infolge der eingetretenen
politischen Verhältnisse er-
scheinen die für November
und Dezember fälligen Hefte
1731

**Ende November als
Doppelnummer**
Inhalt: 24 Seiten Text, 8 Seiten Be-
lagen, Mandatbinder für 1919.
Verlag der „Typographischen Mit-
teilungen“, Leipzig, Salomonstraße 8,
Pollichschonhohe Leipzig Nr. 52287.

Die Verbandsausstellung
in München, vom 1. bis 10. November
1919. Das Verbandsmonat
wurde von der Zentral-Zeitungsgewerkschaft Leipzig 1919
Hauptstadt Leipzig, Leipzig, Salomonstraße 8,
Pollichschonhohe Leipzig Nr. 52287.

Schiffschreiber u. Zeichner!
Bedrucker, Vorlagen und Werkzeug im
Graph. Verlag A. Siegl, München 8,
Katalog 25 Pl.

Typographische Fachliteratur
Lehrbücher für Satz und Druck empfiehlt
Graph. Verlag A. Siegl, München 8,
Kolumbusstraße 1. — Katalog 25 Pl.

Am 12. November, seinem Ge-
burtstage, verschied nach nur
16 tägiger Krankheit an Lungen-
entzündung unser werter Kol-
lege, der Drucker
1735

Peter Dittorf
aus Frankfurt a. M., 34 Jahre alt.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 10. November verstarb
unser lieber Kollege, der Seher
invalide
1705

Soh. Chr. Saape
aus Hamburg, im 63. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Der Buchdruckerverein
in Hamburg-Altona.

Unser langjähriges Mitglied,
lieber Freund und Kollege, der
Korrektor
1708

Johannes Hansen
in Wismar, im 60. Lebens-
jahre verstorben. Er wird
seiner Heta gedenken
Die Korrektorenvereinigung
Meckl.-Lübbeck (Eh Schwerin).

Nach kurzer Krankheit verstarb
unser lieber Kollege, der Ma-
schinenmeister
1712

Heinrich Volk
aus Köln a. Rh., im 22. Lebens-
jahre.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Bezirks- und Ortsverein
Seide i. S.

Soeben hat uns die Nachricht
erreicht, daß unser lieber Kollege,
der Seher
1732

Emil Vogt
Sergeant in einem Feldart.-Reg.
Inhaber des Eiferers Kreuzes
u. der bad. Rib. Verdienstmedaille
nach mehr als vierjähriger treuer
Pflichterfüllung am 24. Oktober
gestorben ist.
Ein ehrendes Andenken wer-
den ihm bewahren
Ortsverein Bayr i. B.
Bezirksverein Bayr i. B.

Nach vierjährigen Strapazen
und Entbehrungen ist unser
lieber Kollege, der Drucker
1734

Albert Mohs
Inhaber des Eiferers Kreuzes.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Die Kollegen der Firma
Frankenstein & Wagner, Leipzig

Nach am Schlusse dieses grau-
samen Völkerrkriegs ist ein
schweres Opfer von uns ge-
fordert worden. Am 27. Oktober
fiel im Westen unser lieber Kol-
lege, der Maschinenleher

Hermann Hoserichter
aus Breslau, nachdem er
4 1/2 Jahre lang die Strapazen
des Krieges ertragen hatte.
Seit Gründung unsrer Sparte
dieser angehörend, verlieren wir
in ihm einen allseitig geachteten
und beliebten Kollegen, dem
wir ein dauerndes Andenken
bewahren werden.

Breslau, November 1918.
Schiffseger Maschinenleher-
verein (Eh Breslau).

Miederum hat der Völkerrkrieg
nach kurz vor seiner Beendigung
eine weitere Welle in unsre
Reihen gerissen. Bei den schweren
Kämpfen im Westen fiel am
27. Oktober unser werter Kol-
lege, der Maschinenleher

Hermann Hoserichter
Fast zwei Jahrzehnte war es
uns vergönnt, mit demselben zu-
sammen zu arbeiten, und verstand
er es durch sein lebenswichtiges
Wesen und geraden Charakter,
sich die Sympathien aller zu er-
werben.
1734

Som über das Grab hinaus
ein dauerndes Andenken be-
wahren
Breslau, November 1918
Die Kollegen der Seher u. die
Maschinenmeister der „Bres-
lauer Neueste Nachrichten“.